



GENERALI
Versicherungen

**Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB)
für Kollektivleben-Versicherungen
ausserhalb der beruflichen Vorsorge**
(Versicherungszweig A3.4 gemäss Anhang 1 zur Aufsichtsverordnung AVO)

Ausgabe 2009

gültig für
GENERALI Personenversicherungen AG, Adliswil (nachfolgend: GENERALI)

GENERALI
Personenversicherungen AG
Soodmattenstrasse 10
8134 Adliswil

Allgemeine Informationen	3
1. Allgemeine Bestimmungen	4
Art. 1 Grundlagen des Vertrages	4
Art. 2 Versicherungsjahr, Stichtag	4
Art. 3 Anmeldung, Änderung der Leistungen, Haftung und Anzeigepflicht	4
Art. 4 Altersbestimmung, Schlussalter	4
Art. 5 Prämien, Prämienverzug	4
Art. 6 Überschussbeteiligung	5
Art. 7 Vorzeitige Auflösung des Versicherungsverhältnisses	5
Art. 8 Auflösung des Kollektivleben-Versicherungsvertrages	5
Art. 9 Anspruchsbegründung der Versicherungsleistungen	5
Art. 10 Auszahlung der Versicherungsleistungen / Verjährung	6
Art. 11 Umfang der Versicherungsleistungen	6
2. Anwendungsbestimmungen	6
Art. 12 Änderung der Tarife	6
Art. 13 Militärdienst und Krieg	6
Art. 14 Weltpolice und Flugrisiko	7
Art. 15 Selbsttötung und grobe Fahrlässigkeit	7
Art. 16 Öffentliche Abgaben	7
Art. 17 Mitteilungen, Adressänderungen	7
Art. 18 Inkrafttreten und Kündigung des Kollektivleben-Versicherungsvertrages	7
Art. 19 Erfüllungsort, Gerichtsstand	7

Gemäss Artikel 3 des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag (VVG) hat der Versicherer den Versicherungsnehmer zuhänden der versicherten Personen über den wesentlichen Inhalt des Versicherungsvertrages und dessen Änderungen zu informieren.

Trägerin der Versicherung ist die GENERALI Personenversicherungen AG (in den Vertragsdokumenten auch GENERALI genannt), Soodmattenstrasse 10, 8134 Adliswil.

Versicherungsnehmer ist der Vertragspartner von GENERALI im vorliegenden Kollektivleben-Versicherungsvertrag.

Kollektivleben-Versicherungsvertrag, Beginn und Dauer des Versicherungsschutzes

Den rechtlichen Rahmen des Versicherungsverhältnisses bilden der zwischen dem Versicherungsnehmer und GENERALI abgeschlossene Kollektivleben-Versicherungsvertrag („Vertrag“) und die vorliegenden Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB). Die weiteren Rechtsgrundlagen werden nachfolgend in Artikel 1 genannt. Die letzte Bestimmung des Vertrages regelt das Inkraftsetzungsdatum, die Dauer und die Verlängerbarkeit. Eine vorzeitige Auflösung ist im gegenseitigen Einvernehmen der Parteien oder nach Massgabe des Vertrages durch eine einseitige Kündigung möglich. Die Folgen einer solchen Auflösung sind in diesen AVB bzw. im Vertrag geregelt.

Der definitive Versicherungsschutz für eine zu versichernde Person beginnt, sobald GENERALI die Aufnahme der Person in die Versicherung schriftlich bestätigt hat, frühestens aber am beantragten Beginndatum. Über allfällige Gesundheitsvorbehalte informiert GENERALI den Versicherungsnehmer und die betreffende versicherte Person. Der Versicherungsschutz endet mit dem Ausscheiden der versicherten Person aus dem Kollektiv (z.B. wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses) oder mit der vorzeitigen Auflösung des Vertrages, spätestens mit Erreichen des versicherungstechnischen Schlussalters.

Versicherbare und versicherte Personen

Der Kreis der versicherbaren Personen ist im Vertrag definiert; die tatsächlich versicherten d.h. in den Kollektivbestand eingetretenen Personen werden mit allen Eckdaten ihrer Versicherung namentlich erfasst.

Versicherungsleistungen

Die versicherten Risiken (Art und Höhe der versicherbaren Leistungen), die Anspruchsberechtigung und die Modalitäten einer allfälligen Überschussbeteiligung können dem Kollektivleben-Versicherungsvertrag bzw. einem Anhang dazu entnommen werden. Der Versicherungsnehmer erhält von

GENERALI alle Informationen, die er benötigt, um seinerseits den Informationspflichten gemäss Artikel 3 Absatz 3 VVG gegenüber den Versicherten nachkommen zu können, insbesondere das Versichertenverzeichnis.

Jede versicherte Person erhält vom Versicherungsnehmer oder direkt von GENERALI einen individuellen Versicherungsausweis, der über Art und Höhe der Leistungen und allfällige Gesundheitsvorbehalte Auskunft gibt.

Die AVB enthalten die allgemeinen Vertragsbestimmungen.

Prämien

Die Art der Prämienberechnung (individuelle Methode, kollektive Methode, System der einjährigen Prämie) ist, soweit nicht vertraglich anders geregelt, in den AVB bestimmt. Dazu gehört (bei altersabhängigen Prämien) die Ermittlung des Tarifalters.

Für die Fälligkeit der Prämie, die Berechnung von Teilprämien (z.B. bei unterjährigen Mutationen oder Todesfällen) und die Folgen von Zahlungsverzug sind die AVB massgebend, sofern der Kollektivleben-Versicherungsvertrag nicht eine abweichende Regelung enthält.

Die Prämienzahlungspflicht ist die wichtigste Pflicht des Versicherungsnehmers.

Rückkaufswerte

Sie bilden die Basis der Leistungserbringung durch GENERALI bei vorzeitiger Auflösung eines Versicherungsverhältnisses oder des ganzen Kollektivleben-Versicherungsvertrages. Reine Risikoversicherungen besitzen keinen Rückkaufswert. Im Falle von rückkaufsfähigen Tarifen orientiert GENERALI den Versicherungsnehmer vor Vertragsabschluss in Tabellenform über die Höhe der Rückkaufswerte. Die Berechnung kann dem Kollektivleben-Versicherungsvertrag oder einem technischen Anhang zu den AVB entnommen werden. Die anwendbaren Tarifgrundlagen sind dieselben wie für die Prämienberechnung.

Weitere Pflichten und Obliegenheiten des Versicherungsnehmers bzw. der versicherten Personen

Bei der Anmeldung einer zu versichernden Person sind die für die Risikoprüfung in schriftlicher Form vorgelegten Fragen wahrheitsgetreu zu beantworten (Anzeigepflicht). Bei Eintritt von versicherten Ereignissen ist der GENERALI ohne Verzug Meldung zu erstatten. Bei der Abklärung des Leistungsanspruchs hat der Versicherungsnehmer bzw. die versicherte Person mitzuwirken, die erforderlichen Unterlagen beizubringen und Personen, die eine sachdienliche Auskunft geben können, von ihrer Geheimhaltungspflicht zu entbinden.

Diese Aufzählung ist nicht abschliessend. Die Verletzung einer der erwähnten Obliegenheiten kann den Verlust oder die Kürzung des Leistungsanspruchs nach sich ziehen.

Behandlung anvertrauter Daten

GENERALI verpflichtet sich zur strengen Einhaltung des Bundesgesetzes über den Datenschutz.

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Grundlagen des Vertrages

- 1.1. Grundlage des Versicherungsverhältnisses bilden die Allgemeinen Versicherungsbedingungen, der Kollektivleben-Versicherungsvertrag mit seinen integrierten Bestandteilen, allfällige besondere Vereinbarungen, die Anmeldung für die Aufnahme in die Kollektivversicherung und die Erklärungen über den Gesundheitszustand der versicherten Person.
- 1.2. Soweit die beidseitigen Rechte und Pflichten nicht durch die obengenannten Grundlagen bestimmt sind, gelten die Vorschriften des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag vom 2. April 1908 (VVG). Im Übrigen kommen die Vorschriften des Schweizerischen Obligationenrechts (OR) zur Anwendung.
- 1.3. Besondere Vereinbarungen sind für die GENERALI nur verbindlich, wenn sie von deren Direktion schriftlich bestätigt worden sind.
- 1.4. Im Kollektivleben-Versicherungsvertrag wird namentlich festgehalten, welche Risiken (Art und Höhe der versicherbaren Leistungen) zu welchen Konditionen versichert sind, wie die Anspruchsberechtigung festgestellt wird und wie eine allfällige Überschussbeteiligung geregelt ist.
- 1.5. Unter AHV wird die Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung, unter IV die Eidgenössische Invalidenversicherung gemäss den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen verstanden.

Art. 2 Versicherungsjahr, Stichtag

Das Versicherungsjahr beginnt mit dem im Kollektivleben-Versicherungsvertrag festgesetzten Stichtag und muss daher mit einem Kalenderjahr nicht übereinstimmen.

Art. 3 Anmeldung, Änderung der Leistungen, Haftung und Anzeigepflicht

- 3.1. Neu zu versichernde Personen sind der GENERALI auf den von ihr zur Verfügung gestellten oder genehmigten Formularen anzumelden. Ferner sind alle Tatsachen, die eine Leistungsänderung von bereits versicherten Personen bedingen, der GENERALI schriftlich zu melden.
- 3.2. Der Haftungsbeginn für jede einzelne zu versichernde Person wird in einer besonderen schriftlichen Erklärung von GENERALI festgelegt. Die GENERALI kann die Haftungsübernahme vom Ergebnis einer Gesundheitsprüfung abhängig machen. GENERALI übernimmt die Haftung frühestens an dem im Kollektivleben-Versicherungsvertrag vorgesehenen Zeitpunkt, soweit die Versicherungsdeckung für jene Person nicht durch einen oder mehrere Gesundheitsvorbehalte eingeschränkt ist.

- 3.3. Ist eine Risikoprüfung erforderlich, so hat die zu versichernde Person die von der GENERALI gestellten Fragen über den Gesundheitszustand wahrheitsgetreu zu beantworten. Die dafür zur Verfügung gestellten Formulare sind vollständig auszufüllen. Die Aufnahme kann zudem auch vom Ergebnis einer ärztlichen Untersuchung abhängig gemacht werden.
- 3.4. Werden die gestellten Fragen nicht oder nicht wahrheitsgetreu beantwortet, so gelten die Vorschriften über die Folgen der verletzten Anzeigepflicht in Art. 6 bis 8 VVG sinngemäss.
- 3.5. Für vereinbarte Erhöhungen der Versicherungsleistungen beginnt die Haftung frühestens im vertraglich dafür festgesetzten Zeitpunkt. GENERALI kann die Haftungsübernahme vom Ergebnis einer Gesundheitsprüfung abhängig machen. Die Haftungsübernahme entfällt, wenn die versicherte Person zur Zeit der vorgesehenen Leistungserhöhung nicht voll erwerbsfähig ist.

Art. 4 Altersbestimmung, Schlussalter

Soweit im Kollektivleben-Versicherungsvertrag nicht anderweitig geregelt, wird das Schlussalter (Ablauf bzw. Rentenbeginn) so festgelegt, dass dieser Termin auf den ersten Tag des auf den Geburtstag der versicherten Person unmittelbar folgenden Kalendermonats fällt (analog der Regelung im Bundesgesetz über die AHV). Es wird folgende Methode angewendet:

- a) Als Tarifalter gilt das im Berechnungszeitpunkt erreichte Alter der versicherten Person, ausgedrückt in Jahren und vollen Monaten. Ein ganzzahliges Tarifalter wird somit an demjenigen Monatsersten erreicht, der auf den Geburtstag folgt.
- b) Die Prämienzahlung dauert vom Versicherungsbeginn bis zum Schlussalter oder bis zur vorzeitigen Auflösung des Versicherungsverhältnisses. An jedem Vertragsstichtag wird eine Jahresprämie fällig, solange die bis zum Schlussalter noch verbleibende Zeit nicht weniger als ein Jahr beträgt. Sonst wird am Vertragsstichtag lediglich eine pro rata Prämie fällig.

Art. 5 Prämien, Prämienverzug

- 5.1. Die Prämien sind am Stichtag fällig und sind für den ganzen Versicherungsbestand, sofern im Kollektivleben-Versicherungsvertrag nicht anders vereinbart, jährlich im Voraus zahlbar. Die GENERALI räumt dem Versicherungsnehmer eine Zahlungsfrist von 30 Tagen ein.
- 5.2. Soweit im Kollektivleben-Versicherungsvertrag nichts anderes vorgesehen ist, berechnen sich die Spar-, Risiko- und Kostenprämien nach dem „System der einjährigen Prämie“.

Beim System der „einjährigen Prämie“ werden die Prämien jährlich neu, jeweils auf den Stichtag oder das Mutationsdatum nach Mass-

gabe des vom Versicherten erreichten Tarifalters, individuell festgesetzt. Für sämtliche Versicherungen ist stets der im Zeitpunkt der Berechnung gültige Tarif anzuwenden.

Die GENERALI ist berechtigt, Prämienanpassungen vorbehaltlich der Tarifgenehmigung durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsichtsbehörde (FINMA) vorzunehmen, sofern im Kollektivleben-Versicherungsvertrag nicht etwas anderes vorgesehen ist.

- 5.3. Die individuell berechneten Prämien sind für jede versicherte Person vom Versicherungsbeginn bis zum Erreichen des vereinbarten Schlusalters, längstens jedoch bis zum Ende des Todesmonats der versicherten Person oder bis zum Zeitpunkt der vorzeitigen Auflösung der Versicherung geschuldet.

Bei unterjährigen Mutationen ist eine entsprechende Teilprämie geschuldet. Die Teilprämie ist per Datum der Mutation fällig.

- 5.4. Werden die Prämien nicht innerhalb von 30 Tagen nach Fälligkeit bezahlt, so wird der Versicherungsnehmer unter Androhung der Säumnisfolgen aufgefordert, innerhalb von 14 Tagen, von der Absendung der Mahnung an gerechnet, die nicht bezahlte Prämie samt allfälligen Nebenkosten zu leisten. Wird dieser Betrag innert der Mahnfrist nicht bezahlt, so bleibt der Kollektivleben-Versicherungsvertrag noch bis zu dem in der Mahnung genannten Zeitpunkt in der bisherigen Höhe in Kraft, und fällig werdende Versicherungsleistungen werden nach Abzug der ausstehenden Prämie und allfälliger Nebenkosten ausbezahlt. Wird die Zahlung bis zu diesem Zeitpunkt nicht oder nicht vollständig geleistet, so wird der Kollektivleben-Versicherungsvertrag nach Art. 8 auf diesen Zeitpunkt aufgelöst. Die GENERALI behält sich vor, ausstehende Prämien und allfällige Nebenkosten rechtlich einzufordern.

- 5.5. Bei der Abwicklung der Prämienzahlung über ein verzinsliches Kontokorrent gilt ein allfälliger Saldo zu Gunsten der GENERALI jederzeit als ausstehende Prämie. Wird ein allfälliger Saldo (ausstehende Prämie) nicht fristgerecht bezahlt, so gelten die Bestimmungen von Art. 5.4. sinngemäss.

Art. 6 Überschussbeteiligung

Eine allfällige Überschussbeteiligung (Berechnung, Zuweisung und Verwendung des zugewiesenen Überschussanteils) ist im Kollektivleben-Versicherungsvertrag geregelt.

Art. 7 Vorzeitige Auflösung des Versicherungsverhältnisses

Scheidet eine versicherte Person aus irgendeinem Grund aus dem Kollektiv aus, so wird ihre Versicherung aufgelöst. Soweit im Kollektivleben-Versicherungsvertrag nichts anderes vorgesehen ist, wird kein Rückerstattungswert fällig.

Der Kollektivleben-Versicherungsvertrag kann für diesen Fall für die ausscheidende Person die Weiterführung der Versicherung in gleich-

bleibender Leistungshöhe auf Einzelversicherungsbasis bei der GENERALI vorsehen und die Konditionen einer solchen Weiterführung regeln.

GENERALI ist rechtzeitig über das Ausscheiden auf den von ihr zur Verfügung gestellten Formularen zu orientieren.

Art. 8 Auflösung des Kollektivleben-Versicherungsvertrages

- 8.1. Erlischt der Kollektivleben-Versicherungsvertrag oder ein Teilversicherungsvertrag, so werden sämtliche Versicherungen aller aktiven versicherten Personen per Wirkungsdatum aufgelöst.
- 8.2. Soweit im Kollektivleben-Versicherungsvertrag nichts anderes vorgesehen ist, wird für die einzelne Versicherung kein Rückerstattungswert fällig. Der Vertrag kann jedoch für die versichert gewesenen Personen die Weiterführung der Versicherung in gleichbleibender Leistungshöhe auf Einzelversicherungsbasis bei GENERALI vorsehen und die Konditionen einer solchen Weiterführung regeln.
- 8.3. Für allfällige laufende Rentenleistungen berechnet sich das Inventardeckungskapital im Zeitpunkt der Vertragsauflösung nach der im Kollektivleben-Versicherungsvertrag festgelegten Methode und auf der im Vertrag vorgesehenen Berechnungsgrundlage.

Art. 9 Anspruchsbegründung der Versicherungsleistungen

- 9.1. Der Versicherungsnehmer hat der GENERALI sämtliche für die Entstehung oder das Erlöschen eines Anspruches auf Versicherungsleistungen massgeblichen Vorfälle unverzüglich zu melden und ihr alle Auskünfte zu erteilen und Nachweise beizubringen, die für die Feststellung der Leistungspflicht erforderlich sind. Die GENERALI kann die Erbringung ihrer Leistungen von der Vorlage eines amtlichen Lebensnachweises abhängig machen.
- 9.2. Beim Ableben einer versicherten Person ist die GENERALI unverzüglich zu benachrichtigen. Ferner sind sobald als möglich folgende Dokumente einzureichen:
- a) ein amtlicher Todesschein;
 - b) ein Arztbericht samt Angabe der Todesursache.
- 9.3. Zur Begründung des Anspruches auf Invaliditätsleistungen hat der Versicherungsnehmer einen Bericht des behandelnden Arztes einzureichen, der über Beginn, Verlauf und Folge der Krankheit bzw. Art und Folge des Unfalls sowie den Grad und die voraussichtliche Dauer der Erwerbsunfähigkeit Auskunft gibt. GENERALI kann Invaliditätsleistungen vom Vorliegen eines Entscheides der IV, des Unfallversicherers oder der Militärversicherung abhängig machen. Wird der Invaliditätsfall bei der GENERALI nicht innert 3 Monaten nach Ablauf der Wartefrist angemeldet, so entfällt der Anspruch auf eine Rente für die Zeit der Säumnis.

- 9.4. Die GENERALI ist berechtigt, weitere Auskünfte selbst einzuholen oder auf ihre Kosten Erhebungen vorzunehmen. Sie kann bei Invalidität verlangen, dass sich die versicherte Person durch einen von ihr bezeichneten Arzt untersuchen lässt.

Art. 10 Auszahlung der Versicherungsleistungen / Verjährung

- 10.1. Die Versicherungsleistungen werden, sobald der GENERALI die erforderlichen Auskünfte und Nachweise gemäss Art. 9 beigebracht sind, entsprechend den vertraglichen Bestimmungen, an den Versicherungsnehmer ausbezahlt. Im Auftrag des Versicherungsnehmers kann die Auszahlung auch direkt an die anspruchsberechtigten Personen erfolgen. Für Verzögerungen in der Auszahlung von Leistungen, die nicht durch die GENERALI verursacht werden, sind keine Zinsen geschuldet.
- 10.2. Ausstehende Prämien, Verzugszinsen und ausserordentliche Kosten können von der Versicherungsleistung abgezogen werden.
- 10.3. Fällige Renten werden, soweit im Kollektivleben-Versicherungsvertrag nicht anders vereinbart, in monatlichen Teilbeträgen vorschüssig dem Versicherungsnehmer ausbezahlt. Im Auftrag des Versicherungsnehmers kann die Auszahlung auch direkt an die anspruchsberechtigten Personen erfolgen. Gegebenenfalls werden die erste und die letzte Rente pro rata berechnet.
- 10.4. Der Anspruch auf Versicherungsleistungen verjährt gemäss Artikel 46 VVG zwei Jahre nach Entstehung des Anspruchs.

Art. 11 Umfang der Versicherungsleistungen

- 11.1. Die Versicherungsleistungen der GENERALI werden im Kollektivleben-Versicherungsvertrag und im Versichertenverzeichnis festgelegt.
- 11.2. Die Risikoversicherung erlischt, wenn die versicherte Person aktiv an einem Krieg, an kriegsähnlichen Handlungen oder an Unruhen teilnimmt, ohne dass die Schweiz selbst Krieg führt oder in kriegsähnliche Handlungen hineingezogen wird; vorbehalten bleibt Art. 13. Die Versicherung erlischt ferner, wenn das versicherte Ereignis absichtlich herbeigeführt wird.
- 11.3. Die Leistungspflicht bei Eintritt eines versicherten Ereignisses kann durch Vereinbarung im Kollektivleben-Versicherungsvertrag bei Leistungen infolge Tod vor dem Schlussalter und infolge Erwerbsunfähigkeit für alle oder einzelne Leistungsarten ganz oder teilweise ausgeschlossen werden, soweit es sich um einen Versicherungsfall handelt, der unter das Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) oder das Bundesgesetz über die Militärversicherung (MVG) fällt. Ein solcher Ausschluss gilt auch dann, wenn der entsprechende Versicherungsträger gegebenenfalls seine Leistungen kürzt oder verweigert.
- Fehlt eine solche Regelung, so gilt die Versicherung als Summenversicherung.

2. Anwendungsbestimmungen

Art. 12 Änderung der Tarife

Falls die GENERALI die dem Kollektivleben-Versicherungsvertrag zugrunde liegenden Tarife ändert, so werden Änderungen und Ergänzungen des Kollektivleben-Versicherungsvertrages nach Massgabe der neuen Tarife berechnet.

Art. 13 Militärdienst und Krieg

(Einheitlich für alle in der Schweiz tätigen Lebensversicherungsgesellschaften)

- 13.1. Aktiver Dienst zur Wahrung der schweizerischen Neutralität sowie zur Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, beides ohne kriegerische Handlung, gilt als Militärdienst in Friedenszeiten und ist als solcher im Rahmen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen ohne weiteres in die Versicherung eingeschlossen.
- 13.2. Führt die Schweiz einen Krieg oder wird sie in kriegerische Handlungen hineingezogen, so wird von Kriegsbeginn an ein einmaliger Kriegsumlagebeitrag geschuldet, der ein Jahr nach Kriegsschluss fällig wird. Ob die versicherte Person am Krieg teilnimmt oder nicht und ob sie sich in der Schweiz oder im Ausland aufhält, ist unerheblich.
- 13.3. Der Kriegsumlagebeitrag dient zur Deckung der durch den Krieg mittelbar oder unmittelbar verursachten Schäden, soweit sie Versicherungen betreffen, für welche diese Bedingungen gelten. Die Feststellung dieser Kriegsschäden und der verfügbaren Deckungsmittel sowie die Festsetzung des Kriegsumlagebeitrages und dessen Tilgungsmöglichkeiten - gegebenenfalls durch Kürzung der Versicherungsleistungen - erfolgen durch die GENERALI im Einverständnis mit der schweizerischen Aufsichtsbehörde.
- 13.4. Werden vor der Festsetzung des Kriegsumlagebeitrages Leistungen aus der Versicherung fällig, so ist die GENERALI befugt, für einen angemessenen Teil die Zahlung bis ein Jahr nach Kriegsschluss aufzuschieben. Der aufzuschiebende Teil der Leistung und der Zinsfuss, zu welchem dieser Teil zu verzinsen ist, werden durch die GENERALI im Einverständnis mit der schweizerischen Aufsichtsbehörde bestimmt.
- 13.5. Die Tage, die als Kriegsbeginn und als Kriegsschluss im Sinne obenstehender Bestimmungen zu gelten haben, werden von der schweizerischen Aufsichtsbehörde festgelegt.
- 13.6. Nimmt die versicherte Person an einem Krieg oder an kriegsähnlichen Handlungen teil, ohne dass die Schweiz selbst Krieg führt oder in kriegsähnliche Handlungen hineingezogen ist, und stirbt die versicherte Person während eines solchen Krieges oder binnen sechs Monaten nach Friedensschluss bzw. nach Beendigung der Feindseligkeiten, so schuldet die GENERALI das auf den Todestag berechnete Deckungskapital, jedoch höchstens die für den Todesfall versicherte Leistung. Sind Überlebensrenten versi-

chert, so treten anstelle des Deckungskapitals die Renten, welche dem auf den Todestag berechneten Deckungskapital entsprechen, höchstens jedoch die versicherten Renten.

- 13.7. Die GENERALI behält sich vor, die Bestimmungen dieses Artikels im Einverständnis mit der schweizerischen Aufsichtsbehörde auch mit Wirkung für diese Versicherung abzuändern. Ausserdem bleiben gesetzliche und behördliche, im Zusammenhang mit einem Kriege erlassene Massnahmen, insbesondere solche über den Rückkauf der Versicherung, ausdrücklich vorbehalten.

Art. 14 Weltpolice und Flugrisiko

Die Versicherung ist unter Vorbehalt der Bestimmungen von Art. 11.2 und Art. 13 in allen Teilen der Welt und auch während Flugreisen unbeschränkt wirksam.

Art. 15 Selbsttötung und grobe Fahrlässigkeit

Bei Selbsttötung nach Ablauf von drei Jahren nach Versicherungsbeginn erbringt GENERALI die vereinbarte Todesfallleistung. Vor Ablauf dieser Frist vergütet GENERALI nur ein allfällig vorhandenes Deckungskapital. Ist der Anspruch auf Versicherungsleistungen auf grobfahrlässige Herbeiführung des versicherten Ereignisses zurückzuführen, so gelten die Bestimmungen aus dem Kollektivleben-Versicherungsvertrag.

Art. 16 Öffentliche Abgaben

Gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Abgaben gehen zu Lasten des Versicherungsnehmers.

Art. 17 Mitteilungen, Adressänderungen

- 17.1. Alle Mitteilungen, die der GENERALI nach Massgabe des Kollektivleben-Versicherungsvertrages, des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag (VVG) oder anderer gesetzlicher Bestimmungen zu machen sind, haben schriftlich an die Direktion der GENERALI Personenversicherungen AG zu erfolgen.
- 17.2. Der Versicherungsnehmer hat der GENERALI jede Änderung seiner Adresse schriftlich mitzuteilen. Unterlässt er dies, so erfolgen alle Mitteilungen rechtsgültig an die letzte der GENERALI bekannt gegebene Adresse in der Schweiz.

Art. 18 Inkrafttreten und Kündigung des Kollektivleben-Versicherungsvertrages

Das Inkraftsetzungsdatum kann den Schlussbestimmungen des Kollektivleben-Versicherungsvertrages entnommen werden, wo auch die Kündigungsmodalitäten geregelt sind. Erfolgt keine Kündigung durch eine der Vertragsparteien, verlängert sich der Vertrag jeweils stillschweigend um ein weiteres Jahr.

Art. 19 Erfüllungsort, Gerichtsstand

- 19.1. Die GENERALI erfüllt ihre Verbindlichkeiten am schweizerischen Wohnsitz des Versicherungsnehmers, mangels eines solchen ausschliesslich in Zürich.
- 19.2. Als Gerichtsstand anerkennt die GENERALI den schweizerischen Wohnsitz des Versicherungsnehmers oder Anspruchsberechtigten und Zürich. Zürich ist ausschliesslicher Gerichtsstand, wenn der Versicherungsnehmer bzw. Anspruchsberechtigte im Ausland wohnt.